



BRE

Vertraulich

P.B. Nr. 35/1988 - GB/GA

Moskau, den 3. Oktober 1988

Neue Unruhen im Transkaukasus

Nach einigen Monaten trügerischer Stille im Anschluss an den Entscheid des Obersten Sowjets, der Forderung nach Anschluss von Nagorno-Karabach an Armenien nicht zu entsprechen, sind im Transkaukasus erneut Ausschreitungen, Demonstrationen und Streiks ausgebrochen!

Eine "Massenschlägerei" zwischen Armeniern und Aserbeidschanern in Stepanakert, dem Verwaltungszentrum der autonomen Region Nagorno-Karabach, forderte gemäss Angaben der Nachrichtenagentur "TASS" einen Toten sowie 25 zum Teil schwer Verletzte. In Erewan, der Hauptstadt Armeniens, kam es wiederum zu Massendemonstrationen, an denen sich nach Augenzeugenberichten über 200'000 Menschen beteiligten. Am darauffolgenden Tag gab "TASS" die Verhängung des Ausnahmezustandes sowie einer Ausgangssperre über Teile der autonomen Region Nagorno-Karabach bekannt. In Erewan fuhren Panzerwagen auf und umstellten eine Reihe von Gebäuden, darunter die Parteizentrale und das Parlament.

Der für die öffentliche Sicherheit in den vom Ausnahmezustand betroffenen Gebieten verantwortliche Beamte des Innenministeriums, Generalmajor Vasilij Ignatov, gab anlässlich einer Pressekonferenz bekannt, dass seit der Verhängung des Ausnahmezustandes in Nagorno-Karabach keine weiteren Streiks, Demonstrationen oder Ausschreitungen mehr vorgekommen seien: Die öffentliche Ordnung sei wiederhergestellt, das wirtschaftliche und kulturelle Leben gehe weiter, Schulen, Fabriken und das öffentliche Transportwesen hätten den Betrieb wieder aufgenommen. Nach Ignatov sind bis jetzt 84 an den Unruhen beteiligte Personen gerichtlich verurteilt, vier in administrative Präventivhaft genommen sowie 39 weitere gebüsst worden. Der Beamte machte wiederum das verbotene und im Untergrund operierende "Karabach-Komitee" für die Ausschreitungen der vergangenen Tage verantwortlich. Die Parteizeitung "Pravda" vertritt in einem längeren Artikel den Standpunkt, dass die örtlichen Behörden zuwenig konsequent gegen die nun schon neun Monate andauernden "subversiven Aktivitäten" des Komitees vorgegangen seien. Das armenische Volk wird gewissermassen als das Opfer einer kleinen Gruppe von "staatsfeindlich gesinnten Elementen" dargestellt, die nichts anderes im Sinn hätten als die Zerstörung des Staates, seiner Organe und Strukturen. Der Artikel schliesst mit einem Aufruf an die Armenier, sich der "Ideen des Sozialismus" und der "wahren Interessen Armeniens" zu besinnen. Bemerkenswert ist, dass sich die Sowjetunion

./.

- 2 -

in ihrem eigenen Land mit einer Art von Befreiungsbewegung konfrontiert sieht, welche sie sonst auf der ganzen Welt zu unterstützen pflegt.

In gewohnter Manier schreibt die Nachrichtenagentur "TASS" das Wiederaufflammen der Unruhen im Transkaukasus Kräften zu, die in "Korruption, Bestechung und Diebstahl" verwickelt seien und kein Interesse am "angelaufenen Gesundungsprozess" hätten. Nicht das erste Mal werden die nationalen Anliegen, die auf beiden Seiten im Spiel sind, als das Werk krimineller Elemente abgetan. In der Tat fehlt der Moskauer Parteiführung nach wie vor jedes Verständnis für die Forderungen der nationalen Minderheiten. Die Regierung befürchtet offensichtlich, dass ein Eingehen auf das Anliegen der Armenier nach Anschluss von Nagorno-Karabach nicht nur die Aserbeidschaner, sondern sämtliche islamische Völker, die einen Grossteil der sowjetischen Bevölkerung ausmachen, aufbringen sowie einen Präzedenzfall für die Forderungen weiterer nationaler Minoritäten, z.B. der Krimtataren, der Wolgadeutschen oder der Balten, schaffen würde.

In Moskau beschwört man das "Leninistische Nationalitätenprinzip" und scheint dabei die tieferen Wurzeln des Konfliktes zwischen Armenien und Aserbeidschan zu vergessen. Die christlichen Armenier haben einst die Russen als Beschützer vor ihren Todfeinden, den muslimischen Türken, zu denen sie auch die Aserbeidschaner zählen, betrachtet: Der Völkermord im Jahre 1915 kostete etwa 1,5 Millionen Armenier in der Türkei das Leben. Trotz gegenteiliger Versprechen an Armenien schlug Stalin aufgrund eines Vertrages mit der Türkei Nagorno-Karabach aus aussenpolitischen Gründen zu Aserbeidschan. Es muss immer wieder betont werden, dass die Demonstrationen in Armenien nicht in erster Linie gegen die Russen gerichtet sind, die Armenier verlangen von Russland vielmehr Unterstützung in ihrem Kampf gegen die Aserbeidschaner, die Moskau ihnen aus den erwähnten Gründen jedoch nicht gewähren kann. Es wäre nicht erstaunlich, wenn die Armenier durch die nun schon bald siebzig Jahre dauernde Sowjet-herrschaft letztlich noch zu Gegnern Moskaus gemacht würden.

Die Nationalitätenfrage stellt eines der grossen Probleme des sowjetischen Vielvölkerstaates dar, von dessen Lösung auch der Erfolg oder Misserfolg der neuen Politik Gorbatschows abhängig sein wird. Langfristig gesehen, müsste den verschiedenen Völkern der Sowjetunion eine gerechtere Behandlung sowie eine grössere Selbständigkeit zugestanden werden, um das Riesenreich nicht eines Tages zur Explosion zu bringen.

Der Schweizerische Botschafter

F. Pianca.

F. Pianca

Kopie an:

- Herrn Staatssekretär Franz BLANKART, BAWI
- Herrn Botschafter Silvio ARIOLI, BAWI